

**Am 28. Oktober
mit beiden Stimmen
AfD wählen!**

Kurzprogramm

Hessen. Aber sicher!

LANDESVERBAND HESSEN



AfD



1. DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT

1.1. Der staatliche Medienkonzern

Die AfD beabsichtigt, während der nächsten Legislaturperiode per Volksentscheid die Umgestaltung oder Abschaffung des mit Zwangsabgaben finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsystems, einschließlich digitaler Medienpräsenz zu erreichen.

1.2. Eine partizipative Kommunalverfassung

In der Hessischen Gemeindeverfassung sind periodisch durchzuführende Bürgerversammlungen geregelt. Da sie jedoch keine echte Bürgerteilhabe an der Politik darstellen, handelt es sich um eine symbolische Beteiligung. Dieses Instrument direkter Demokratie muss wirkungsvoller ausgestaltet werden und das heißt: Die Voraussetzungen müssen erleichtert werden.

2. INNERE SICHERHEIT UND RECHTSSTAATLICHKEIT

2.1. Grundsätze

Jeder in Deutschland lebende Bürger hat ein Recht auf Freiheit, Sicherheit und Ordnung. Dies garantiert ein friedliches, geordnetes Zusammenleben in einer offenen und freien Gesellschaft und ist Voraussetzung für Wohlstand, Freiheit und Demokratie. Daher fordern wir einen wehrhaften Staat, der konsequent vor Gewalt, Kriminalität und Terror schützt.

2.2. Rechtsstaatlichkeit

Der Rechtsstaat gilt für jeden. Demnach muss die Anwendung von Recht und Gesetz für alle in der Konsequenz gleich sein. Unabhängig von Herkunft und Glauben ist das Grundgesetz anzuerkennen. Wir sprechen uns gegen Urteile mit „Herkunfts- oder Religionsrabatt“ oder politische Gesinnungsurteile aus.

2.3. Sicherheit im öffentlichen Raum

Gegen jede Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung fordern wir wahrnehmbare Polizeipräsenz sowie darüber hinaus geeignete technische Unterstützungsmaßnahmen an öffentlichen Plätzen. Zur Verhinderung der Entstehung von No-Go-Areas sowie zur Durchsetzung geltenden Rechts fordert die AfD ausreichend Polizeikräfte.

2.4. Polizei

Der fortgesetzte Personalabbau und hohe Pensionierungszahlen zehren unsere Polizei aus. Wir fordern die Aufstockung des Polizeipersonals ohne Absenkung der Einstellungsvoraussetzungen für den Polizeidienst. Auch um qualifizierte Interessenten für den Polizeiberuf zu gewinnen, fordern wir eine sofortige Erhöhung der Besoldung, den Wiedereinstieg in die Tarifgemeinschaft der Länder und freie Heilfürsorge. Die deutsche Staatsangehörigkeit sowie die uneingeschränkte Identifikation mit den rechtsstaatlichen Grundsätzen Deutschlands muss zwingende Einstellungsvoraussetzung sein.

2.5. Justiz

Die Funktionsfähigkeit unserer Justiz muss mit mehr Personal gesteigert werden. Ihre Unabhängigkeit muss durch eine Selbstverwaltung gestärkt werden. Einflussnahme ist zu vermeiden, Staatsanwälte und Richter sollen nicht mehr vom Justizministerium eingestellt werden.

2.6. Ausländerkriminalität – entgegenwirken und eindämmen

Die AfD fordert hessenweite, verdachtsunabhängige Kontrollen zur Bekämpfung von Ausländerkriminalität, vor allem an bekannten Kriminalitätsschwerpunkten. Die Aberkennung bereits erlangter Aufenthaltstitel muss möglich sein.

2.7. Extremistische Gruppierungen – entgegentreten und abwehren

Die AfD ist gegen jede Form von Extremismus. Die Bekämpfung von Islamismus, Links- und Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit intensiver Aufklärungsarbeit bei Kindern und Jugendlichen.

2.8. Kriminalstatistik – praktikabel und wahrheitsgetreu

Die AfD fordert Mut zur Wahrheit in der Kriminalstatistik. Der Bürger hat ein Recht auf alle Zahlen und Fakten. Mehrfache Staatsbürgerschaften bzw. Migrationshintergrund sind zu erfassen und entsprechend auszuweisen.

2.9. Verfassungsschutz – entschlossen gewährleisten

Der Landesverfassungsschutz in Hessen braucht mehr Personal und Ausstattung. Eine politische Einflussnahme auf den Verfassungsschutz lehnen wir ab.

2.10. Datenschutz

Für die AfD sind freiheitliche Grundwerte und das informationelle Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen unverhandelbar. Wir setzen uns für die Stärkung und die Unabhängigkeit des hessischen Datenschutzbeauftragten ein.

2.11. Cybersicherheit in Hessen

Die AfD unterstützt eine nachhaltige Förderung der IT-Sicherheitsforschung an hessischen Hochschulen und privaten Forschungseinrichtungen.

2.12. Handlungsfähigkeit der Landkreise im Katastrophenfall erhalten

Die geplante Änderung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes sieht vor, den Landkreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit zu nehmen, selbstständig den Katastrophenfall auszurufen. Dies lehnt die AfD ab. Die Landräte können die Lage in ihren Landkreisen besser beurteilen als die Landesregierung.

3. FAMILIE

3.1. Familie als Leitbild

Mit durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau ist das Geburtenniveau in Deutschland zu niedrig. Der Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft muss wieder in das Zentrum der politischen Aufmerksamkeit gerückt werden. Wir halten am Leitbild der traditionellen Familie fest.

3.2. Familienbild

Die Familie mit Vater, Mutter, Kindern und der älteren Generation bildet das Fundament unserer Gesellschaft. In ihr werden Werte und kulturelle Identität, Heimatliebe, Gemeinschaftssinn und Solidarität herangebildet.

3.3. Schutz des ungeborenen Lebens / Schwangerschaftskonfliktberatung

Im Jahr 2017 gab es in Deutschland 101.200 Schwangerschaftsabbrüche. Wir setzen uns für den erhöhten Schutz ungeborenen Lebens ein.

3.4. Frühkindliche Bindung

Wichtig für die seelische und soziale Entwicklung von Kindern unter drei Jahren ist in erster Linie eine verlässliche Bindungsperson und nicht die Aufbewahrung in Ganztagskrippen. Die beste Sprachförderung bei Kindern unter drei Jahren, gerade auch für Kinder mit Migrationshintergrund, ist der ungestörte, sichere Erwerb der Muttersprache. Es muss wieder möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann, sodass die Eltern frei zwischen Beruf oder Erwerbspause entscheiden können.

3.5. Unterstützung für Familien

Das Elterngeld ist dringend reformbedürftig. Die AfD Hessen ist für die Beibehaltung des Elterngeldes unter der Voraussetzung, dass der Bezugszeitraum deutlich erweitert wird. Wir setzen uns für die Einführung des Familiensplittings ein, wobei das gesamte Einkommen einer Familie durch die Zahl ihrer Mitglieder geteilt wird. Die AfD Hessen fordert außerdem die sofortige Umsetzung des sog. „Beitragskinderurteils“ des Bundesverfassungsgerichts, nach dem elterliche Erziehungsleistungen als Beitrag zum Rentensystem anerkannt und Beitragszahlungen der Eltern entsprechend gesenkt werden müssen.

3.6. Ausbau der Kinderbetreuung

Wir fordern den bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten an allen Schulen von 7.30 bis 17.00 Uhr. Die AfD Hessen tritt für einen verbesserten Personalschlüssel in den Kindergärten / Kindertagesstätten in Hessen ein. Es müssen mehr ausgebildete, leistungsgerecht bezahlte Erzieher eingesetzt werden. Der Besuch von Kindergärten, Kindertagesstätten und Horten sowie gute Verpflegung sollten beitragsfrei sein.

3.7. Familienfreundliche Ausgestaltung des Arbeitsalltags

Die AfD Hessen fordert die konsequente Umsetzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mütter dürfen keine Benachteiligung erfahren, falls sie sich dafür entscheiden, ihre Zeit in die Kindererziehung zu investieren. Eine gerechte und schnelle Wiedereingliederung in den Beruf muss möglich werden. Zur Vereinbarkeit von Familie und Studium fordern wir den Ausbau des Kita-Angebots an hessischen Hochschulen. Wir fordern die Beibehaltung und Förderung pädagogisch wertvoller, abendländischer und christlicher Bräuche an allen Kitas.

3.9. Gender-Mainstreaming und Sexualisierung von Kindern

Im Rahmen des Gender-Mainstreamings werden naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestritten. Die AfD lehnt diese Geschlechterpädagogik ab. Kinder haben ein Recht auf Entwicklung ihrer eigenen geschlechtsspezifischen Identität. In der Schule lehnen wir eine detaillierte Darstellung und Erläuterung von sexuellen Praktiken sowie die Infragestellung des eigenen Geschlechts ab.

4. BILDUNG

4.1. Bildung verbessern

Infolge eines ideologischen „Gleichheitsgrundsatzes“ wurde das Leistungs- und Anforderungsniveau an allen hessischen Bildungseinrichtungen verhängnisvoll abgesenkt. Die gleichen Missstände treffen für die Lehrerbildung zu. In die Ausstattung von Schulen und Hochschulen muss mehr investiert werden.

4.2. Rolle der Familie

In einer freien Gesellschaft können Bildung und Erziehung nicht ausschließlich an den Staat delegiert werden. Das Grundgesetz sieht eine vorrangige Pflicht der Eltern, ihre Kinder zu erziehen und sie auf Schule und Erwachsenenleben vorzubereiten.

4.3. Leistungsorientierung und differenziertes Schulsystem

Wir bekennen uns zu einem leistungsorientierten und gegliedert differenzierten Schulsystem aus Grund-, Haupt- und Realschulen, Gymnasien, Förderschulen (Schulen für Lernbehinderungen) und beruflichen Schulen. Schüler müssen in allen Schulformen individuell gefördert und gefordert werden, wobei ein hohes Maß an Bildungsdurchlässigkeit anzustreben ist.

4.4. Förderschulen und Inklusion

Wir sind gegen jede Bestrebung, Förderschulen zu schließen, denn dahinter verbergen sich nur unzulässige Kosteneinsparungen. Sonderpädagogiklehrer sind hochqualifizierte Lehrkräfte, die ihre verantwortungsvollen Aufgaben in spezialisierten Sonderschulen kindgerechter ausüben können als in heterogenen Regelschulklassen.

4.5. Autorität der Lehrer und der Schulleiter

Lehrer müssen in die Lage versetzt werden, Unterrichtsstörungen wirksam zu unterbinden. Vandalismus und Gewalt an Mensch und Sache müssen eindeutig sanktioniert werden.

4.6. Sexualkundeunterricht

Das komplette Wertesystem von Ehe, Elternschaft und Familie soll durch das gender-orientierte Konzept von „Sexualität der Vielfalt“ ersetzt werden. Hinter der angeblichen Sensibilisierung für vielfältige Lebensformen verbirgt sich Frühsexualisierung und Umerziehung als bedingungslose Akzeptanz aller Sexualitätsvariationen. Wir sind für eine ideologiefreie Schulpolitik in allen Unterrichtsfächern. Wir wenden uns entschieden gegen eine Frühsexualisierung in Kindergarten und Schule. Den Glaubenssätzen der Gender-Ideologie, dass Mann und Frau nur gesellschaftliche Konstrukte seien, stellen wir uns entschieden entgegen.

4.7. Religions- und Ethikunterricht

Christlicher Religions- und Ethikunterricht ist Unterrichtsfach an unseren weiterführenden Schulen. Einen bekenntnisorientierten Islamunterricht lehnen wir ab. Wir wenden uns strikt gegen jede politische und religiöse Einflussnahme durch islamische Moschee-Verbände wie Ahmadiyya oder DITIB.

4.8. Berufliche Bildung

Praxisorientierte Bildung und Erziehung sind bereits im Bereich der mittleren Bildungsabschlüsse im Rahmen der Arbeitslehre und des Werkunterrichts zu fördern. Eine reine Verschulung der Berufsausbildung und eine Überakademisierung unseres Bildungssystems sollte verhindert werden.

4.9. Hochschulen

Die Autonomie von Hochschulen und Universitäten muss erhalten bleiben. Den Hochschulen muss es wieder möglich sein, Diplom- und Magisterstudiengänge anzubieten. Die Bafög-Förderung mit einer Mischung aus Stipendium und rückzahlbarem Kredit ist der richtige Weg, um die Studien- und Berufswahl zu steuern. Studiengänge mit naturwissenschaftlichen oder ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunkten müssen besonders gefördert werden.

4.10. Schluss mit Gender-Ideologie

Die Gender-Ideologie verfolgt politische Ziele und widerspricht den Kriterien ideologiefreier Wissenschaft. Deshalb sollten bestehende Gender-Professuren nicht mehr besetzt und laufende Gender-Forschungsprojekte nicht weiter verlängert werden.

5. EINWANDERUNG, INTEGRATION UND ASYL

5.1. Grenzen schützen, Asylmissbrauch und illegale Zuwanderung beenden

Deutschland nimmt seit Jahren die meisten Asylbewerber aller EU-Staaten auf. Die Missachtung des Dublin-III-Abkommens und die fehlende Sicherung der EU-Außengrenzen gegen illegale Einwanderung gefährden in Deutschland den sozialen Frieden, die kulturelle Identität und die ökonomische Stabilität. Wir fordern strenge Grenzkontrollen.

5.2. Zuwanderung muss sich an nationalen Interessen orientieren

Qualität und Quantität einer Einwanderung selbst zu bestimmen, ist unverzichtbarer Teil staatlicher Souveränität. Unser Land braucht qualifizierte Arbeitskräfte, vor allem durch umfassende Aus- und Weiterbildung, die Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt und die Beendigung der Diskriminierung von älteren Arbeitnehmern und Alleinerziehenden.

5.3. Keine weitere Einwanderung in die Sozialsysteme

Das hohe Niveau der deutschen Sozialleistungen zieht Armutszuwanderer an und belastet auch hessische Haushaltskassen. Die AfD steht für eine Beendigung des Asylmissbrauchs und die Errichtung von Auffangzentren in Herkunftsländern. Geldleistungen für Asylbewerber sind vollständig durch Sachleistungen zu ersetzen.

5.4. Sichere Identifizierung von Migranten ermöglichen

Die AfD fordert, länderübergreifend allen Behörden die Möglichkeit zu geben, zu prüfen, ob eine Person schon andernorts unter abweichenden Personalien registriert ist. Wir fordern eine obligatorische und verbindliche Gesundheitsuntersuchung auf Krankheiten bei Asylbewerbern, Flüchtlingen, unbegleiteten minderjährigen Ausländern und Familiennachzülern.

5.5. Identität und Abschiebung

Ausreisepflichtige müssen unverzüglich und grundsätzlich abgeschoben werden. Es ist regelmäßig zu überprüfen, ob der Fluchtgrund weiterbesteht. Bei Vorlage von ärztlichen Attesten zur Verhinderung der Ausreise fordert die AfD eine standardmäßige Überprüfung.

5.6. Kein Familiennachzug in unsere Sozialsysteme

Wir lehnen jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge ab, da die deutschen Sozialsysteme diese Lasten nicht tragen können und fordern die vollständige Transparenz aller zuwanderungsbedingten Kosten des Landes.

5.7. Kommunale Unterbringung

Die Anzahl der unterzubringenden Asylsuchenden überfordert die Kraft der Kommunen. Deshalb sollen diese ihre Aufnahmekapazität selbst festlegen. Die AfD fordert die vollständige Finanzierung aller Aufwendungen für Asylbewerber durch den Bund. Unbegleitete, angeblich minderjährige Ausländer missbrauchen das Ausländer- und

Asylrecht. Fast alle von ihnen sind männlich und in der Mehrheit tatsächlich volljährig. Wir fordern obligatorische Altersuntersuchungen in Zweifelsfällen, den Ausschluss des Familiennachzugs und den ausnahmslosen Übergang in das Asylverfahren bei Erreichen der Volljährigkeit.

5.8. Integration ist eine Bringschuld der Einwanderer

Die AfD lehnt es ab, eine aus humanitären Gründen gebotene Flüchtlingshilfe dafür zu benutzen, den Arbeitsmarkt mit billigen Arbeitskräften zu versorgen. Integration fordert von Einwanderern jeden Alters nach einer angemessenen Zeit die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, die Achtung und gelebte Bejahung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie den Verdienst des eigenen Lebensunterhalts.

5.9. Staatsbürgerschaft durch Abstammung

Die AfD fordert die Beendigung der doppelten Staatsbürgerschaft. Das Geburtsortsprinzip wollen wir streichen und zum Abstammungsprinzip, wie es bis zum Jahr 2000 galt, zurückkehren. Die Zugehörigkeit zu Terrororganisationen soll zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit führen.

6. FINANZEN

6.1. Schuldenabbau und sparsame Haushaltsführung

Generelles Ziel der AfD ist, dass die Staatsausgaben nicht die Einnahmen übersteigen. Schulden belasten Hessen derzeit auf allen staatlichen Ebenen, insbesondere die Städte und Gemeinden. Deshalb setzt sich die AfD für eine sparsame Haushaltsführung ein. Die in die hessische Verfassung aufgenommene Schuldenbremse ist strikt einzuhalten.

6.2. Transparenz bei Finanzierungen und Finanzsituation

Die AfD Hessen setzt sich für eine transparente Finanzierung öffentlicher Vorhaben ein. Die Ausführung öffentlicher Investitionen in einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP) sieht die AfD Hessen kritisch, insbesondere wenn dabei Finanzierungskosten auf andere Kostenträger verschoben werden.

6.3. Subventionsprüfung mit Subventionsabbau

Die AfD Hessen will alle Subventions- und Fördermaßnahmen, die zugehörigen Genehmigungsverfahren und die involvierten Institutionen auf den Prüfstand stellen.

6.4. Verschwendung von Steuergeldern bestrafen

Während Steuerhinterziehung konsequent verfolgt und bestraft wird, bleibt die Steuerverschwendung straffrei. Die AfD Hessen fordert deshalb die Einführung eines Straftatbestands der Steuerverschwendung. Die Berichte des Landesrechnungshofs sollen bei der Aufdeckung hinzugezogen werden.

6.5. Bessere Finanzausstattung für Land und Kommunen

Die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs sollte die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in Einklang mit den Vorgaben der hessischen Verfassung bringen. Doch die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel haben sich kaum erhöht. Um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, müssen die Kommunen an der Finanzkraft des Landes angemessen beteiligt werden.

6.6. Hessenkasse unzureichend

Der mit der Teilnahme an der Hessenkasse verbundene finanzielle Eigenbeitrag der Städte und Gemeinden schränkt die Möglichkeiten autonomer Politik ein. An einer grundsätzlich besseren Finanzausstattung der Städte und Gemeinden führt kein Weg vorbei.

6.7. Abschaffung der Grunderwerbsteuer

Die AfD Hessen fordert die schrittweise Absenkung und mittelfristig die Abschaffung der Grunderwerbsteuer.

7. ARBEIT UND SOZIALES

7.1. Unsere Überzeugung – soziale Marktwirtschaft

Die AfD bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards. Gleichwohl müssen dem Marktwirken dort Schranken gesetzt werden, wo es den Menschen und der Gemeinschaft schadet. Diese Wirtschaftsordnung ist die Grundlage einer freien, demokratischen Gesellschaft.

7.2. Vollbeschäftigung – die beste Sozialpolitik

Der Staat muss die Rahmenbedingungen schaffen, die allen Bürgern eine freie Entfaltung ihrer Möglichkeiten und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und zwar einschließlich derer, die aus eigener Kraft kein genügendes Einkommen erwirtschaften können.

7.3. Sozialleistungen auf Wirksamkeit prüfen

Bundes- und Landesrechnungshöfe weisen immer wieder auf Steuerverschwendung im Sozialsektor hin. Die AfD fordert, sämtliche Unternehmen der „Wohlfahrtsindustrie“ regelmäßig und unabhängig zu überprüfen, damit Verschwendungsfälle eingedämmt und ineffiziente Strukturen identifiziert werden können.

7.4. Migration als soziale Frage – sozialen Frieden wiederherstellen

Die unkontrollierte Massenzuwanderung hat den sozialen Frieden in Deutschland schwer beschädigt und zu Spaltungen in der Gesellschaft geführt. Die AfD macht es sich zur Aufgabe, diese Entwicklungen umzukehren.

7.5. Sozialleistungen nur für Bedürftige

Jeder Zuwanderer kann nahezu unbegrenzt am Sozialstaat teilhaben und unter anderem „Hartz IV“ beziehen. Die AfD setzt sich dafür ein, Ausreisepflichtige unverzüglich zur freiwilligen Ausreise zu bewegen bzw. abzuschieben.

7.6. Prüfung der Struktur des Landeswohlfahrtsverbands Hessen (LWV) zur Leistungsverbesserung zugunsten behinderter Menschen

Die AfD Hessen stellt infrage, ob der LWV in finanzieller und personeller Hinsicht geeignet ist, die Leistungen für behinderte Menschen in Hessen zu erbringen. In der künftigen Legislatur soll geprüft werden, ob die Aufgaben eventuell besser von einem neutralen Landesamt erfüllt werden können.

7.7. Änderung des Durchführungsgesetzes im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG)

Die AfD Hessen setzt sich dafür ein, dass der LWV nach Einführung des BTHG für behinderte Menschen zuständiger Träger für die Eingliederungshilfe bleibt und aus einer Hand umfassend für alle Eingliederungsleistungen für diese Personengruppe zuständig wird.

7.8. Inklusion mit Augenmaß

Das BTHG ermöglicht Eltern, Schulen per Klage zur Aufnahme ihrer Kinder zu verpflichten. Dieses Recht auf eine inklusive schulische Betreuung ist oft, aber nicht in allen Fällen sinnvoll. Bei geistigen Einschränkungen wird es besonders problematisch, da an Regelschulen oft nicht einmal „verhaltensauffälligen“ Schülern genug Hilfe und Personal angeboten werden kann.

8 WIRTSCHAFT

8.1. Soziale Marktwirtschaft

Zentrale Prinzipien für eine florierende Wirtschaft sind Eigentum, ein verlässlicher Rechtsrahmen und freie Preisbildung. Die AfD Hessen missbilligt, dass durch die Europäische Zentralbank (EZB) die freie Preisbildung unserer derzeitigen Währung unterbunden wird. Die AfD wird sich im Rahmen der Möglichkeiten der hessischen Politik für die Rückkehr zu einer dem Grundgesetz und den Europäischen Verträgen konformen Währungspolitik der EZB einsetzen.

8.2. Freier Wettbewerb

Um eine gesunde Marktentwicklung zu erreichen, müssen marktbeherrschende Stellungen verhindert werden. Die AfD Hessen wird deshalb auf eine aufgabenadäquate Ausstattung der Landeskartellbehörde achten und sie auffordern, das notwendige Instrumentarium für eine wirksame Wettbewerbskontrolle zu entwickeln.

Weiterhin wird sich die AfD Hessen dafür einsetzen, dass die Regelungen der Hessischen Gemeindeordnung zur Begrenzung staatlicher Wirtschaftstätigkeit strikt eingehalten werden.

8.3. Bürokratie abbauen

Die AfD will ein investitions- und innovationsförderndes wirtschaftliches Umfeld. Wir wollen auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen. Insbesondere kleinere Betriebe müssen von Berichtspflichten, statistischen Auskunftsvorschriften und einengenden arbeitsrechtlichen Vorschriften entlastet werden.

Die AfD Hessen setzt sich dafür ein, dass die Bankenaufsicht bei einer Behörde zentralisiert wird und die Banken nur einen Ansprechpartner haben.

8.4. Technologiestandort

Um den Technologiestandort zu stärken, will die AfD die Infrastrukturausstattung verbessern. Das Förderinstrumentarium des Landes ist zu überprüfen und zielgerichteter einzusetzen. Insbesondere ist eine ideologiefreie Auswahl der Förderziele anzustreben. Dies gilt auch für Fördermittel der EU.

8.5. Wirtschaftsstandort Hessen im Globalisierungsprozess

Die AfD Hessen verfolgt das Ziel einer ausgewogeneren Entwicklung von Südhessen sowie Nord- und Osthessen. Hierzu fordert die AfD Hessen einen stärkeren Ausbau der Infrastruktur sowie die Unterstützung beim Aufbau von dezentralen Kompetenzzentren in Nord- und Osthessen, insbesondere in den Bereichen der Informationstechnik sowie der Biotechnologie.

8.6. Mittelstand

Die AfD setzt sich dafür ein, Mittelstand und Existenzgründer stärker zu fördern. Viele Unternehmen können es sich im Unterschied zu internationalen Konzernen nicht

leisten, Lobbyisten zu beschäftigen. Diesem Ungleichgewicht entgegenzutreten und dem Mittelstand eine „starke“ Stimme zu geben, dafür steht die AfD. Die AfD fordert zudem, dass Anträge an Behörden zeitnah innerhalb festgelegter Fristen entschieden werden müssen und die Zwangsmitgliedschaften in den Handwerkskammern und in der Industrie- und Handelskammer abzuschaffen.

9. VERKEHR, STRASSENBAU UND MOBILITÄT

9.1 Besserer Verkehrsfluss

Wir fordern einen verstärkten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur durch Umgehungsstraßen, mehr Kreisellösungen, eine deutliche Verkürzung von Reparatur- und Sanierungszeiten bei Dauerbaustellen sowie die Anpassung von Verkehrsregelungen zur Verbesserung des Verkehrsflusses.

9.2. Sanierungstau beenden

Wir setzen uns dafür ein, dass die Landesregierung bei den hessischen Bundesfernstraßen verstärkt Sanierungs-, Erhaltungs- und Neubauprojekte in den Bundesverkehrswegeplan einbringt. Für Sanierung, Erhaltung und Neubau hessischer Landesstraßen wird ein Sonderprogramm in Höhe von 200 Millionen Euro aufgelegt. Für Sanierung, Erhaltung und Neubau hessischer Kreisstraßen wird ein Zuschuss-Sonderprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro aufgelegt.

9.3. Die PKW-Maut ist unnötig

Die AfD lehnt die PKW-Maut ab. Wir wollen die weitere Belastung der Autofahrer in Deutschland durch Autobahngebühren verhindern. Es stehen bundesweit genügend Mittel für die Sanierung deutscher Autobahnen zur Verfügung.

9.4. Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Wir fordern, den ÖPNV in Hessen weiter zu stärken und zu einer möglichst attraktiven Alternative zum PKW auszubauen.

9.5. Güterverkehr

Wir fordern eine Neubaustrecke für den Güterverkehr, z. B. in Form einer großen Tunnellösung (Westerwald-Taunus-Tunnel), um das Mittelhessental oder auch Ausweichstrecken in Frankfurt und Hanau zu entlasten.

9.6. Umweltbelastungen

Wir fordern, mit vertretbarem Aufwand für geringe Umweltbelastung zu sorgen, insbesondere beim Lärmschutz.

9.7. Umweltzonen sind weitgehend nutzlos

Die Umweltzonen in größeren Städten haben nicht zu einer nennenswerten Minderung der Schadstoffbelastung beigetragen. Wir lehnen Fahrverbote für Diesel-PKW in Innenstädten ab, da die NO₂-Belastung in den letzten 25 Jahren signifikant abgenommen hat. Die Kommunen sind aufgefordert, die fehlerhafte Aufstellung von Schadstoffmessgeräten zu korrigieren.

9.8. Flughafen Frankfurt als Standortfaktor unter Berücksichtigung des Lärmschutzes

Die AfD sieht die überregionale Bedeutung des Flughafens Frankfurt für ganz Hessen. Seiner Anpassung an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten ist so Rechnung zu

tragen, dass sowohl Arbeitsplätze gesichert werden als auch das Wohl der Anwohner beachtet wird.

10. ENERGIE

10.1. Kein Alarmismus beim Klimawandel

Dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht sind, ist wissenschaftlich nicht gesichert. Eine auf der Vermutung des menschengemachten Klimawandels aufbauende Politik wird für die Bürger zunehmend unbezahlbar. Wir fordern eine ideologiefreie und sachorientierte Diskussion zur Klima- und Energiepolitik. Die Dekarbonisierung Deutschlands würde eine nur wenige tausendstel Grad geringere „Erdatemperatur“ bedeuten. Der Klimaschutzplan 2050 ist daher ein aussichtsloses Unterfangen, das Klima auf der Erde nennenswert beeinflussen zu wollen. Es verschlingt gigantische Summen, die von den Stromkunden und den Steuerzahlern zu tragen sind.

10.2. Keine weiteren Windenergieanlagen - konventionelle Kraftwerke sind nicht ersetzbar

Auch Hessen will die Energieversorgung bis 2050 aus „erneuerbaren“ Energien erreichen. Dazu wäre nach Einsparungen der große Rest für die Sektoren Mobilität und Wärme über eine stark erhöhte Stromproduktion zu ersetzen. Dies erfordert u.a. eine Vervielfachung des bestehenden Ausbaus der Windenergie, was die AfD konsequent ablehnt. Strom-Speicher mit der notwendigen Kapazität sind auch in Zukunft nicht verfügbar. Das Windangebot ist bei den meisten Standorten in Hessen gering. Woher soll der Strom kommen, wenn Wind und Sonne „Pause“ machen? Für die AfD steht fest: Die technisch notwendigen konventionellen Kraftwerke müssen erhalten bleiben.

10.3. Rückkehr zur Marktwirtschaft nötig - auch Hessen braucht eine andere Energiepolitik

Die AfD fordert, dass die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Bundesregierung zum Umsteuern in der Energiewendepolitik bewegt und die Forschung im Bereich Energieversorgung technologieoffen unterstützt. Der Staat hat sich darauf zu beschränken, den Wettbewerb auf dem Markt für Strom zu schützen und den Rahmen für eine ressourcenschonende Energiewirtschaft vorzugeben. Dafür müssen das EEG sowie die Gesetze und Verordnungen im Wärmebereich abgeschafft werden. Durch das EEG findet eine Umverteilung von unten nach oben statt.

Solange das EEG noch besteht,

- soll der Abstand der Windenergieanlagen zur Wohnbebauung mindestens das 10-fache der Gesamthöhe betragen;
- sollen keine Windenergieanlagen in Wäldern, Naturparks und Naturschutzgebieten genehmigt werden;
- sollen keine Genehmigungen von Windenergieanlagen gegen den Mehrheitswillen der betroffenen Bürger vorgenommen werden.

10.4. Elektroantrieb ist kein Ersatz für Verbrennungsmotoren

Derzeit ist der batteriegestützte Elektroantrieb nur für Nischenanwendungen geeignet. Folglich darf auch hier keine ideologisch begründete Präferenz für eine Antriebsart vorgenommen werden. Die AfD begrüßt natürlich umweltfreundliche Antriebsysteme und befürwortet sinnvolle Elektrokonzepte für den Nahverkehr in Städten. Der Verbrennungsmotor als Antriebskonzept ist jedoch langfristig unverzichtbar und kann weiterentwickelt werden.

11. PLANEN, WOHNEN

11.1. Bürokratie hemmt

Von staatlicher Seite wird in Boom-Regionen zu wenig Bauland zur Verfügung gestellt. Die Schaffung von Baurecht und die bürokratischen Prozesse seitens der Verwaltungen der Kommunen dauern zu lange. Die AfD erwartet die Verminderung der Anzahl der Vorschriften auf ein vernünftiges Maß.

11.2. Wohnraum wird unnötig teuer

Staatliche Vorgaben zur Energetik und zum Brandschutz sowie die Forderung nach Sozialwohnungen treiben die Preise für Wohnungsbau und damit auch für Mieten in die Höhe. Der vorbeugende Brandschutz ist auf unverzichtbare, vernünftige Maßnahmen zu reduzieren. Die AfD fordert die Abschaffung der Grunderwerbsteuer auf Wohnungsbauten und -grundstücke. Der „soziale“ Wohnungsbau ist ein Fass ohne Boden, da er sowohl freie Bauvorhaben verteuert als auch den Steuerzahler an den Kosten beteiligt. Die Einführung der Mietpreisbremse hat nachweislich nicht zu niedrigeren, sondern eher zu höheren Mieten geführt.

11.3. Für spezielle Gruppen sind spezielle Lösungen nötig

Die AfD empfiehlt für spezielle Gruppen spezielle Lösungen. So ist Wohngeld für geringverdiener ein wirksames Mittel und dem sozialen Wohnungsbau vorzuziehen.

11.4. Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Die AfD fordert die teilweise Streichung des § 11 im Kommunalabgabengesetz, wonach Gemeinden und Landkreise zur Deckung ihres Aufwands für den Umbau und Ausbau von öffentlichen Straßen und Plätzen Beiträge erheben sollen.

12. LÄNDLICHER RAUM

12.1. Gute digitale Infrastruktur auch im ländlichen Raum

Es ist kurzfristig ein Konzept zu entwickeln, wie die vollständige Breitbandversorgung Hessens innerhalb von drei Jahren zu erreichen ist.

12.2. Arbeitsplätze als Existenzgrundlage

Für die Ansiedlung von Unternehmen im ländlichen Bereich muss geprüft werden, ob gesetzliche oder bürokratische Regelungen vereinfacht werden oder entfallen können. Die Ansiedlung von Unternehmen im ländlichen Raum muss attraktiver gemacht werden, indem überfällige Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur umgesetzt, bürokratische Hindernisse identifiziert und beseitigt, wenigstens aber entschärft werden.

12.3. Familien sind die Keimzellen der Gesellschaft

Die Familien, die auf dem Land bleiben, sind die Bevölkerung der Zukunft des ländlichen Raums. Hausarzt, Kita und Grundschule sollten daher in akzeptabler Entfernung erreichbar sein. Es sind geeignete Transportmöglichkeiten für Kinder erforderlich.

12.4. Vereine und Sport

Die Vereine sind Träger der regionalen Kultur und damit erhaltenswert. Insbesondere Sportanlagen, Sporthallen sowie Schwimmbäder sind wichtig. Im Rahmen eines speziellen Förderprogramms sollte das Land Hessen Städten und Kommunen den Bau oder die Erhaltung von Sportanlagen ermöglichen.

12.5. Denkmalschutz von Wohngebäuden im ländlichen Raum

Um den Baubestand in alten Ortskernen zu erhalten und für heutige und zukünftige Generationen als Wohnraum attraktiv zu machen, muss der Denkmalschutz für Gebäude ohne öffentliches Interesse deutlich gelockert werden, um Umbaumaßnahmen zu ermöglichen.

13. NATUR- UND LANDSCHAFTSSCHUTZ

13.1. Umwelt und Trinkwasser

Die AfD sieht die Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser als Teil der elementaren Daseinsvorsorge an und setzt sich deshalb für den Schutz der Trinkwasservorkommen und aller natürlichen Gewässer ein. Eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung ist abzulehnen. Die AfD fordert eine Erfassung von Fremdstoffen im Wasser und deren vollständige Filterung aus dem Trinkwasser durch entsprechende Wasseraufbereitungsanlagen.

13.2. Umwelt und Pflanzenschutz

Die AfD setzt sich dafür ein, die Verwendung von Pestiziden und Pflanzenschutzmitteln auf der Basis von Glyphosat zu verbieten, da dieses im Verdacht steht, krebserregend und erbgutschädigend zu sein.

13.3. Lärmschutz

Lärm ist das durch weite Teile der Bevölkerung am stärksten wahrgenommene Umweltproblem. Die AfD setzt sich deshalb für ein zielgerichtetes Investitionsprogramm für den Lärmschutz ein, damit bestehende Lärmschutzaktionspläne konsequent umgesetzt werden können.

13.4. Verbraucherschutz

Die AfD setzt sich für gut sichtbare und für Laien verständliche Deklarationen auf Konsumgütern ein.

13.5. Tierschutz

Die AfD fordert die strikte Einhaltung des Tierschutzgesetzes und eine wesentlich strengere Kontrolle. Den Handel, die Werbung und die Einfuhr von Fleisch aus tierquälerischer Schlachtung lehnt die AfD ab. Die AfD fordert die Aufnahme des Tierschutzes in die Hessische Verfassung.

13.6. Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft

Traditionelle Landwirtschaft stellt ein wichtiges Element zur Erhaltung der dörflichen Kultur und Landschaftspflege dar. Die AfD setzt sich für eine besondere Förderung kleiner und mittlerer Familienbetriebe bei gleichzeitiger Verringerung der Förderung von Agrarkonzernen ein.

13.7. Jagd und Forst

Die AfD versteht Jagd als ökologisches Handwerk und notwendiges Regulativ aufgrund wildbiologischer Erkenntnisse. Die AfD missbilligt die FSC-Zertifizierung des Staatswalds. Wir setzen uns dafür ein, wieder die bisherige Zertifizierung (PEFC) zu übernehmen.

14. GESUNDHEIT, SPORT

14.1. Krankenhausversorgung

Wir setzen uns für den Erhalt und gegen eine Privatisierung der kommunalen Krankenhäuser sowie für eine bedarfsgerechte Finanzierung ein. Wir fordern außerdem die lückenlose Einführung von Tests in allen Krankenhäusern auf multiresistente Keime, um Komplikationen für die Patienten, hohe Folgekosten für die Krankenkassen und eine schnelle Genesung sicherzustellen.

14.2. Medizinische Versorgung

Für die finanzielle Entlastung von Hebammen fordern wir einen staatlichen Deckungsfonds, um die finanzielle Belastung des Berufshaftpflichtrisikos zu senken. Weiterhin sprechen wir uns für den Erhalt von Geburtshilfestationen in wohnortnahen Krankenhäusern aus. Die Sicherstellung der wohnortnahen medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ist eines der Instrumente zur Beendigung der Land-Stadt-Migration. Die AfD fordert u. a. die Einführung einer Landarztquote. Zudem setzen wir uns für den vorausschauenden und flächendeckenden Ausbau ambulanter und stationärer palliativer Versorgungsangebote ein. Die AfD will die Digitalisierung der medizinischen Versorgung weiter vorantreiben und sieht den Nutzen der Telemedizin als große Chance für eine Verbesserung der fach-, haus- und notärztlichen Versorgung der Menschen in Hessen.

14.3. Gesundheitsprävention und Sport

Die AfD unterstützt alle Maßnahmen, die geeignet sind, den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu verbessern und gesundheitliche Beeinträchtigungen zu vermeiden. Die AfD fordert, dass Sport und Bewegung in Kindergärten einen größeren Stellenwert erhalten und staatlich gefördert werden müssen.

15. KUNST, KULTUR UND MEDIEN

15.1. Deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus

Die AfD bekennt sich zur deutschen Leitkultur, die auf den Werten des Christentums, des Humanismus und der Aufklärung gründet. Wir bejahen die Kulturhoheit des Landes Hessen und verneinen ideologische Zielvorgaben durch Förderprogramme des Bundes und der EU. Die Ideologie des Multikulturalismus gefährdet unsere kulturellen Errungenschaften und fördert durch die Gleichstellung von Einwandererkulturen die Parallelgesellschaften.

15.2. Gefahren durch die Ausbreitung des Islam

Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zu der im Grundgesetz festgelegten Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. In der Ausbreitung des Islam und der Präsenz von über fünf Millionen Muslimen, deren Zahl ständig wächst, sehen wir eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.

15.3. Strategien gegen die Islamisierung Deutschlands

Die Kritik am Islam, auch religiöse Satire und Karikaturen, muss als Teil des Grundrechts der freien Meinungsäußerung angesehen werden. Einer Diffamierung der Religionskritik als Islamophobie oder Rassismus tritt die AfD entgegen. Die AfD fordert ein Verbot für die Moscheevereine, deren Imame eine gegen das Grundgesetz und unsere Rechtsordnung verstößende Lehre verbreiten. Die AfD spricht sich gegen die Einfüh-

zung islamischer Feiertage aus. Das Tragen von Vollverschleierung oder Kopftüchern in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst soll gesetzlich verboten werden.

15.4. Bedeutung der deutschen Sprache

Die AfD fordert einen Aktionsplan, um die deutsche Sprache zu stärken und zu erhalten. In Hessen tritt die AfD allen Tendenzen strikt entgegen, die deutsche Sprache im Sinne einer falsch verstandenen Internationalisierung durch das Englische zu ersetzen. Auch „politisch korrekte“ Sprachvorgaben wie das „Gendern“ lehnen wir entschieden ab.

15.5. Kulturpolitik

Die Finanzierung stark politisch ausgerichteter Kultureinrichtungen aus dem Kulturretat ist einzustellen. Das über den Kulturretat subventionierende Eingreifen in das politische Tagesgeschäft lehnt die AfD ab. Kulturpolitik im engeren Sinn muss im Bereich der Länder verbleiben.

15.6. Aufgaben der Medien und des Internets

Wir fordern eine öffentlich-rechtliche Berichterstattung, die sich nicht an den Interessen von Regierungen, Parteipolitik oder Lobbygruppen orientiert, sondern ihre Informations-, Bildungs- und Kulturprogramme im Sinne der Gebührenzahler gestaltet.

15.7. Reform der öffentlich-rechtlichen Medien

Die AfD fordert die Abschaffung des geräteunabhängigen Rundfunkbeitrags. Die Zahl der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkprogramme muss deutlich verringert, die Qualität erhöht und auf Werbung vollständig verzichtet werden. Es soll nur noch der für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bezahlen müssen, der dieses Angebot nutzt.



LANDESVERBAND HESSEN



**Sie haben kein Vertrauen mehr in die Politik der Altparteien?
Dann unterstützen Sie uns!
Werden Sie Mitglied, Förderer oder Spender!**

Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende“ und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine Spendenquittung angeben.

Spendenkonto: AfD Landesverband Hessen

Deutsche Bank

IBAN: DE57 5007 0024 0807 3090 00

BIC: DEUTDE33HAN30

www.afd-hessen.org

